

Montag den 24. Januar 1916.

Bielefeld, 24. Januar 1916.

Wir haben schon am Samstag auf das Bedenkliche einer Kartoffelpreiserhöhung hingewiesen. Leider scheint diese Preiserhöhung zur Tatsache zu werden. Aufs neue zeigt sich dabei die agrarische Interessenspolitik in ihrer ganzen Schönheit. Es ist eine längst bekannte und durch die letzten Verhandlungen im Reichstag aufs neue erhärtete Tatsache, daß es der Reichskartoffelstelle nicht möglich war, den Städten die notwendigen Mengen Kartoffeln zur Verfügung zu stellen. Die Organisation hat hier vollständig versagt, oder richtiger, die Organisation der Reichskartoffelstelle hat im Lande nicht die nötige Unterstützung gefunden, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Das ist um so eigentümlicher, wenn man berücksichtigt, daß wir eine Kartoffelernte von mindestens 50 bis 52 Millionen Tonnen zu verzeichnen haben, aus der für die menschliche Nahrung nur ein Bedarf von rund 12 Millionen Tonnen zu decken ist. Von diesen 12 Millionen Tonnen Verbrauch scheidet aber der eigene Verbrauch der Landwirte aus, da sie ihren Bedarf allein decken. Es bleiben im Höchstfall für die städtische Bevölkerung etwa 8 Millionen Tonnen übrig. Das ganze Zümmerräde der Organisation in der Kartoffelversorgung tritt uns entgegen, wenn man erwägt, daß es nicht möglich gewesen ist, von einem Bestand von 50 bis 52 Millionen Tonnen, acht Millionen Tonnen, die heute auch noch nicht voll gebraucht werden, da es sich hier um die Berechnung des Bedarfes bis zur nächsten Ernte handelt, für die menschliche Ernährung sicherzustellen. Trotzdem nehmen die Getrenn Landwirte für sich in Anspruch, mit am meisten dazu beigetragen zu haben, daß das deutsche Volk in diesem furchtbaren Krieg so gut „durchhalten“ konnte; und sie sind sehr entrüstet, wenn man diesen agrarischen Opfermann in Zweifel stellt.

Wie nun berichtet wird, haben in einer Tagung der Landwirtschaftskammern diese Korporationen sich bereit erklärt, die Kartoffelversorgung sicherzustellen, aber das Begehren gestellt, die Preise zu erhöhen. Die preussische Regierung will auf dieses Anerbieten eingehen. Es erscheint aber fraglich, ob die Versorgung das Wichtigste der Aufgabe der Landwirtschaftskammer war oder die Erlangung höherer Preise. Die Preiserhöhung wird damit begründet, daß in diesem Jahre die Kartoffeln wenig haltbar sind und deshalb die Landwirte große Verluste zu tragen haben. Demgegenüber wäre, wie Genosse Robert Schmidt richtig betont, hervorzuheben, daß unter normalen Verhältnissen in Rücksicht auf die immerhin schon sehr hohen Preise diese Verluste auch getragen werden müssen. Die Verluste sind schon reichlich gedeckt durch die weit über die Durchschnittspreise der Vorjahre gehenden Höchstpreise. Die Höchstpreise stehen gegenwärtig 10 bis 15 Mark pro Tonne über dem normalen Preis der letzten Jahre. Wie die Regierung diese Maßnahme begründen will, ist unklar. Insbesondere, wenn man bedenkt, daß im Dezember v. J. wiederholt von Regierungsstellen erklärt wurde: die Landwirte haben nicht damit zu rechnen, daß wie im Vorjahre Zuschläge zu den Kartoffelpreisen gewährt werden. Das Zurückhalten der Kartoffeln, in der Hoffnung, höhere Preise zu erhalten, sei deshalb zwecklos. Es würden also mithin diejenigen, die auf die Erklärung der Regierung keinen Wert gesetzt haben und sich mehr auf den Einfluß ihrer agrarischen Freunde gestützt haben, recht behalten. Ihre Zurückhaltung in der Kartoffelabgabe wird belohnt durch höhere Preise, diejenigen, die der Erklärung der Regierung Glauben beimaßen, sind die Verachteten; denn sie gaben die Kartoffeln zu den geltenden Höchstpreisen ab. Welche Stimmung dadurch bei einem großen Teil der Bevölkerung ausgelöst wird, haben wir am Samstag schon angedeutet. Man wird Regierungserklärungen für die Folge noch mißtrauischer aufnehmen, wie bisher.

Das Unbegründete dieser neuen Anforderung erbellt, wie Abg. Schmidt schreibt, auch daraus, daß in der Budgetkommission des Reichstages im Dezember v. J. von landwirtschaftlichen Vertretern offen erklärt wurde: die Preise für Kartoffeln seien zwar nicht hoch, aber doch so, daß die Landwirtschaft damit auskommen könne, und schließlich müsse die Landwirtschaft im Interesse der Volksernährung von höheren Ansprüchen absehen. Man muß sich fragen, wird die Preiserhöhung für Kartoffeln überhaupt den Zweck erfüllen, den man hofft damit zu verbinden: daß der Markt mehr beschickt wird? Oder wird nicht im Gegensatz aufs neue die Hoffnung belebt, wenn die Kartoffeln noch einige Zeit zurückgehalten werden, wird abermals die Regierung gezwungen werden, die Preise zu erhöhen? Zu unserem großen Bedauern wird in der Höchstpreispolitik von der Regierung immer wieder der verkehrte Standpunkt eingenommen, durch hohe Preise die Marktlage zu bessern, während bei einem Produkt, das wir genügend zur Verfügung haben, es sich nur darum handelt, mit dem Höchstpreis die Beschlagsnahme, oder wie es in der Bundesratsverordnung heißt, den Abgabezwang strikte durchzuführen. Geschieht das, so ist die Kartoffelversorgung durchaus gelöst. Das Herausheben der Preise bringt uns weder Erleichterung auf dem Kartoffelmarkt, noch ist die Maßnahme berechtigt; denn jede Preiserhöhung beschwert den heute schon sehr belasteten Haushalt der ärmeren Familie, und trägt neue Unruhe und Erbitterung in weite Kreise.

Zu den Erhöhungen der Kartoffelpreise gesellt sich als zweite Maßnahme die Erhöhung der Gemüsepreise. Von den Händlern ist von Anfang an stark gegen die Höchstpreise Stellung genommen und sie sind von den Produzenten dabei eifrig unterstützt worden. Es ist bekannt,

geworden, daß sehr viele Händler in dem Augenblick, wo die Höchstpreise bekannt gegeben wurden, ihre Kaufabschlüsse rückgängig machten, obwohl dafür kein Anlaß vorlag. Denn die Höchstpreise griffen auch auf laufende Verträge ein. Diese Manipulation geschah nur zu dem Zweck, um den Eindruck zu erwecken, mit diesen Höchstpreisen kann der Markt nicht beherrscht werden. Sodann wurde mit sehr viel Lärm auseinandergelegt, daß das ausländische Gemüse unter diese Höchstpreise nicht gestellt werden könnte, weil es im Ausland erheblich teurer eingekauft werden müßte. Bemerkenswert ist, daß bei der sehr günstigen Ernte für Weiz- und Rottkohl im Inland auf einmal in den Markthallen der großen Städte ein außerordentlich geringes Angebot inländischer Ware in der Erscheinung trat. Die Regierung ist auch bereits von den Händlern, den städtischen Verwaltungen und Produzenten so bearbeitet, daß sie sich, wie es heißt, der Erkenntnis nicht entziehen kann, daß die Preise zu niedrig sind. So stehen wir vor einer Höchstpreispolitik, die das Aufwärts im Handel mitmocht. Der Konsument, in dessen Interesse die Höchstpreise eigentlich wirken sollten, verspürt von der preisdrückenden Tendenz nichts. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die gegenwärtigen Höchstpreise gegenüber den Preisen unter normalen Verhältnissen um 100 Prozent höher sind. Und trotzdem weitere Erhöhungen. Daß die Bevölkerung die in Aussicht genommene Maßnahme nicht als notwendig anerkennen wird, können wir der Regierung heute schon sagen. Die Unzufriedenheit über die Preistreibelei auf dem Lebensmittelmarkt ist so stark in der Bevölkerung verbreitet, daß die Regierung allen Anlaß hätte, nicht durch unbegründete Preisheraufsetzung die Unzufriedenheit noch mehr zu steigern.

In Frankfurt a. M. wurde am Samstagnachmittag ein Verein für Bevölkerungspolitik gegründet, der sich die Aufgabe gestellt hat, im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet die Volksvermehrung zu propagieren und die Bevölkerung über die durch die Geburtenverminderung drohenden Gefahren aufzuklären. Eine ganze Reihe angesehenen Persönlichkeiten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens war erschienen, um den neuen Verein aus der Taufe zu heben. Die eigentliche Taufrede hielt der Universitätsprofessor O p i z aus Gießen. Er wies an der Hand von statistischen Tafeln darauf hin, daß die Geburtenziffer seit 1870 so zurückgegangen ist, daß heute schon eine Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen wäre, wenn nicht der Rückgang der Sterbeziffer mit der Abnahme der Geburtenziffer gleichen Schritt bisher gehalten hätte. Die Zahl der Eheschließungen ist dagegen immer die gleiche geblieben, ungefähr 8 auf 1000 Einwohner. Haben wir jetzt auch noch bis vor dem Kriege einen Geburtenüberschuß von etwa 800 000 Menschen im Deutschen Reich gehabt, so würde doch bei gleichbleibender prozentualer Abnahme der Geburten schon im Jahr 1930 die Bevölkerungszunahme in Deutschland ihr Ende erreichen. Die Schuld an diesem Geburtenrückgang ist nach der Meinung dieses Mannes in der ganzen geistigen Entfremdung der Bevölkerung zu suchen, die aus den verschiedensten Ursachen die gewollte Kinderbeschränkung betätigt. Die Männer sind dabei ebenso schuldig wie die Frauen. Mittel zur Abhilfe sind in erster Linie eine eingehende Aufklärungsarbeit, Behinderung des Präventivmittelverkehrs, die Entlohnung der Beamten nach anderen Grundätzen als bisher, so daß die Ledigen halb so viel wie die Verheirateten erhalten, wozu im Reichsamt des Innern Geneigtheit vorhanden ist, die Einführung der Junggefallensteuer und die Einschränkung der Zerstiersfreiheit für Unterheirathete, Erleichterung der Eheschließungsmöglichkeit und Vermittlung von Heiratsgelegenheit für Kriegsbeschädigte, Fürsorge für die Neugeborenen, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, bessere Ausbildung der jungen Mädchen für den Hausfrauenberuf und vor allem, die Frau zu überzeugen, daß sie die Pflicht habe, Kinder in die Welt zu setzen. Ein weiterer Punkt von größter Wichtigkeit ist die Wohnungs- und Siedelungspolitik. Das sicherste Mittel, die Kinderzahl zu vermehren, ist das Vorhandensein freien Landes; deshalb muß ländliche Befiedlungspolitik getrieben werden.

Ran steht, es ist eine sehr umfangreiche Aufgabe, die sich der neue Verein gestellt hat, und mit Recht wurden von verschiedenen Seiten Zweifel geäußert, ob der Verein wohl die Kraft habe, diese Aufgabe zu lösen.

Sanitätsrat Dr. G. Sauer sprach sein Bedauern darüber aus, daß man die Arbeiterschaft, die doch an der Frage in allererster Linie mitinteressiert sei, nicht eingeladen habe. Er forderte als weitere Maßnahmen u. a. die Abschaffung des Ehevorsatzs für die Beamtinnen.

Bürgermeister Dr. L u b e gab namens des Magistrats seine Bedenken zu der beabsichtigten Gründung kund: es gäbe schon genug Anstalten, man solle doch nicht immer zersplittern. Persönlich bemerkte er, daß nicht die Menge der Kinder in einer Familie es mache, sondern die Qualität des Nachwuchses. Viele Kinder seien sehr oft ein Unfug, oft sind sie minderwertig, das solle man bedenken.

Weiter sprachen noch Direktor Keller (Frankfurt) und Frau Lewison (Frankfurt). Schließlich wurde mit allen gegen zwei Stimmen die Gründung des Vereins beschlossen. Mit der vorläufigen Leitung der Vorstandsgeschäfte wurden Prof. Dr. O. v. Gieseler (Gießen), Minister a. D. Braun (Darmstadt) und Syndikus Dr. Dücker (Frankfurt) betraut.

Kriegsopfernde „Deutscher Frauenbund“. Die heutige Nummer der „Volksstimme“ bringt im Inseratenteil einen Aufruf vom Verein „Deutscher Frauenbund“, auf den wir hienzu verweisen. Alle Banken der Stadt, sowie die Redaktionen der bürgerlichen Tagesblätter haben sich bereit erklärt, Gaben für den „Deutschen Frauenbund“ in Empfang zu nehmen, welche in den Zeitungen zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden. — Aus Sparsamkeitsrücksichten wird nur für Geldspenden von 50 Mark und darüber eine persönliche Quittung ausgestellt.

Wißbrauch der Bezeichnung „Heidpost“. Man schreibt uns: Der Krieg hat uns eine weitgehende Postfreiheit gebracht. Der gesamte Briefverkehr mit unseren Soldaten draußen an der Front, wie in der Heimat kostet nichts, wenn es sich nicht um gewerbliche Angelegenheiten handelt. Es braucht nur das Wort „Heidpost“ auf den

Brief oder die Karte gesandt zu werden. Aber es wird auch viel Mißbrauch damit getrieben. Es sind namentlich Frauen und Mädchen, die der Verurteilung nicht widerstehen können, postfrei zu schreiben, auch wenn der Adressat kein Soldat ist. Sie bedenken wohl nicht, daß sie sich dadurch strafbar machen und ein Vielfaches von dem, was sie gern ersparten möchten, als Hinterziehungsstrafe zahlen müssen, wenn nicht noch gar Verurteilung wegen Betrugs hinzutritt. Es kann deshalb nicht dringend genug darauf gedrungen werden.

Postpaketverkehr mit Griechenland. Ähnlich wird bekanntgegeben: Der Postpaketverkehr mit Griechenland ist bis auf weiteres eingestellt worden.

Teure Fleischkonferenzen. Auf Veranlassung der Preisprüfungsstelle Neuch wurden in vorigen Geschäfts 15 Büchsen verschiedenartiger Konferenzen gekauft und dem städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsamt zur Prüfung übergeben. Als das Ergebnis dieser Prüfung hat sich, wie man der „*Pres. St.*“ berichtet, herausgestellt, daß für das in den Büchsen enthaltene Fleisch teilweise bis 12 Mark für das Pfund gezahlt wurde. Sowohl gegen die Hersteller als auch die Verkäufer der Konferenzen wird wegen Preisüberschreitung eingeschritten. Die Preisprüfungsstelle erachtet unter den gegebenen Umständen eine gesehliche Bestimmung für unbedingt notwendig, wonach an jeder Konferenzbüchse der Reinheitsgehalt an Fleisch deutlich lesbar vermerkt sein muß.

Biebrich, 24. Jan. (Stadtverordnetenversammlung.)
Am Dienstag den 25. Januar, nachm. 5 Uhr, findet eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung statt.

Wochen i. L., 22. Jan. (Sart getroffen) ist in diesem Kriege die Familie Karl Bieder von hier. Innerhalb eines Jahres fiel in der Champagne der dritte Sohn. Der vierte Sohn ist auch felddienfähig gezogen.

Weden i. L., 23. Jan. (Zur Nachahmung empfohlen.) In voriger Woche konnte der Landrat bekannt machen, daß in Sohn i. L. Waren u. dgl. im Werte von 200 Mark für die Kinderbenittelten zur Verteilung gelangen, die von einem Bürger gestiftet wurden. Eine höhere Militärverlon hat für den Untertannenskreis 10 000 Mark für die Kriegsfürsorge gelendet. — (Der Höchstpreis für Landhutter) wurde von 1.75 auf 2 Mark festgesetzt.

Die neuen Bestimmungen über die Familien-Unterstützung

werden im „Reichsanzeiger“ vom Samstag den 22. Januar amtlich bekanntgegeben:

Nach den neuen Bestimmungen werden Unterthänen im Falle der Bedürftigkeit auch gewährt den Familien der Mannschaften, die sich in Erfüllung ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht befinden, der Freiwilligen auf Kriegsdauer (Kriegsfreiwilligen), der Reichsangehörigen, die an der Küstsee aus dem Ausland infolge feindlicher Maßnahmen verhindert oder vom Feinde verschleppt worden sind.

Anspruch a) Familienunterstützung haben ferner: a) elternlose Enkel, b) Stiefeltern, Stiefgeschwister, Stiefkinder und c) die schuldlos geschiedene Ehefrau, der nach § 1678 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Ehemann den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist, d) uneheliche, mit in die Ehe gebrachte Kinder der Ehefrau, auch wenn der Ehemann nicht der Vater ist, e) Pflegeeltern und Pflegekinder. Elternlose Enkel über 15 Jahre, sowie die unter b, d und e aufgeführten Personen haben den Anspruch indessen nur, wenn sie vom dem Eingetragenen unterhalten wurden oder bei dem Unterhaltungsbedürfnis erst nach erfolgtem Dienstreintritt herbeigetreten ist.

Bedürftigkeit ist anzunehmen und meistens der Mindestsatz zu zahlen, wenn nach der letzten Steuerveranlagung das Einkommen des in den Dienst Eingetretenen und seiner Familie in den Orten der Tarifklasse E 1000 Mark und weniger, in den Orten der Tarifklassen C und D 1200 Mark oder weniger, in den Orten der Tarifklassen A und B 1500 Mark oder weniger beträgt. Sind die tatsächlichen Einnahmen der Unterstützungsberechtigten gegenüber der Steuerveranlagung wesentlich niedriger oder höher oder besteht keine Steuerveranlagung, so hat der Versorgungswerbend des Jahres Einkommen selbständig festzustellen. Dies gilt nach näherer Bestimmung der Landeszentralbehörden auch für die Bundesstaaten, in denen Einkommensteuer nicht erhoben wird; Einnahmestrichungen gelten in dieser Hinsicht als Bundesstaat. Ein Anspruch besteht in der Regel nicht, wenn der in den Dienst Eingetretene mit seiner Familie aus Einkommen keinen Ausfall erleidet und wenn sonstige Tarifgeber die Annahme rechtfertigen, daß eine Unterstützung nicht benötigt wird. § 4 bestimmt: Die der Ehefrau zustehenden Mindestbeträge werden auf monatlich 15 Mark, die den sonstigen Berechtigten zustehenden Mindestbeträge auf monatlich 7,50 Mark festgesetzt. Die Bestimmungen des § 4 treten mit Wirkung vom 1. November 1918 rückwirkend in Kraft.

Zur Hebung der Fischerei in Nassau wurden kürzlich in öffentlichen Gewässern ausgelegt: in die Lahn bei Runkel 1500 und in den Elbbach bei Niederhadamar 500 Regenbogenforellen-Setzlinge. Man hofft, mit diesen aus dem Vaid von naturalisirten und akklimatisirten Regenbogenforellen in dem Fischzuchtanstalt in Belschenndorf gezogenen Fischen in dem verhältnismäßig reinen Wasser der Lahn gute Erfolge zu erzielen. Wegen der schauerhaften Verunreinigung des Raia n s durch Fabrikabwässer wurden dort keine Gießbische ausgelegt, sondern nur ziemlich unempfindliche Fische, die im Schlamm und Schmutz leben, und zwar 6000 Stüd Karpfen-Setzlinge und 3600 Schleien-Setzlinge. In mehreren Bäche n des Taunus, so z. B. bei Königstein, Idstein usw., setzte man 1500 Stüd Krebse aus. In den Rhein bei Schierstein werden in den nächsten Tagen weiter 3000 Stüd Bander-Fabrlinge ausgelegt.

Städt. a. M., 23. Jan. (An geistiger Umnachtung.
Die Ehefrau eines im Felde stehenden Arbeiters machte ihrem
Selbstmord infolge geistiger Umnachtung durch Erhängen ein Ende.

Friedenheim, 23. Jan. (Wann kommen die Kleingärten zur Theilung?) Die endgültige Theilung der Einteilung von Gemeindegelede in kleine Parzellen scheint sich zu verzögern; denn es ist bis jetzt weiter nichts geschehen, als daß die vorhergehenden Wege zwischen den Gärten abgesteckt worden sind. Eine Vermessung und Abgrenzung der Gärten ist noch nicht erfolgt. So wird diese nicht recht verständliche Verzögerung in der Aufstellung und Ueberweisung von den Anwärtern auf Gärten recht beßagt, weil

diese schon jetzt etwas in der Bestellung bezüg. Düngung tun möchten. Diefem Umstand sollte von der Gemeindeverwaltung Rechnung getragen und die Regelung der Sache etwas beschleunigt werden. Es ist nicht recht ersichtlich, warum dies nicht möglich sein sollte.

Danau, 24. Jan. (Vom Arbeitsmarkt.) Auf der städtischen Arbeitsvermittlungstelle meldeten sich: 5 Handelsbühlerinnen, 1 Kellnerin, 1 Köchin, 6 jüngere Fabrikarbeiter, 8 jüngere Hausfrauen, 10 Tagelöhner, 2 Fabrikarbeiterinnen, 3 Monatsfrauen und 2 Dienstmädchen. Gesucht werden: 1 junger landwirtschaftlicher Arbeiter, 1 Gartenarbeiter, 2 Silberschmiede, 1 Goldarbeiter (Juwelenarbeiter), 1 Metallarbeiter, 1 Auf- und Wagenschmied, 1 Eisenmacher, 1 Metallmacher, 1 Maschinenschlosser, 1 Elektromonteur, 2 Bäder, 2 Schuhmacher, mehrere Zimmerleute, 1 Ladierer, 1 Maschinist, 1 Revisor, 2 Fahrleute, 1 Hausbursche für Hotel, 4 jüngere Straßenarbeiter, einige jüngere Fabrikarbeiterinnen, 5 Monatsfrauen, 1 Wäscherin, 1 ältere Wirtschafterin, 1 ältere Hausbühlerin und 6 Dienstmädchen nach hier; ferner nach auswärtig: 1 ältere landwirtschaftliche Dienstmagd, 1 Silberschmied und 1 Goldschmied (auch auf Reparatur), 1 Eisendreher, 1 Maschinenschlosser, 1 Bergwerksarbeiter, 5 Maschinenschlosser, 1 Drehschloßschmied und 1 Fuhrmann.

Danau, 24. Jan. (Rietzgehung.) Die Auszahlung der von den Kriegsunterstützten in Abzug gebrachten Rietzgebühren erfolgt ab heute an den Hausbesitzer bezüg. Rietzgebühren nach dem 28. Januar in den Rietzgebührenvormittags von 8½ bis 12½ Uhr und nachmittags von 2½ bis 5 Uhr bei der Stadtkasse, Marktplatz 18, erstes Obergeschoß. Eine Befreiung der Rietzgebühren findet nicht statt; ebenso erfolgt nach dem genannten Termin keine weitere Zahlung. — (Stiftung für Geisteskranken.) Die Jinsen der Redo-Jung-Stiftung für Geisteskranken sind vom 1. April d. J. ab zu vergeben. Die Jinsen müssen zur Unterbringung hiesiger armer Geisteskranker in erster Linie in Rietzhausen oder auch in Gaimo, soweit die Stadt Danau hierzu nicht verpflichtet ist, verwendet werden. Bewerbungen um die Stiftung sind innerhalb vier Wochen unter Angabe der Vermögensverhältnisse schriftlich bei dem Magistrat einzureichen.

Danau, 24. Jan. (Die Feltzucht.) In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurde dem städtischen Verkaufsstand Marktplatz 17 ein Besuch abgeleistet. Die Käser öffneten die Tür mittels Hochschlüssels und entwendeten 60 bis 70 Pfund Runkelrüben, die sie in einen im Laden vorgefundenen Korb verpackten und wegkafften. Außerdem fiel den Dieben, die auch eine Schublade und eine Seitentür zu durchbrechen versuchten, 175 Mark Bargeld in die Hände. — (Der Rainwasserstand.) Betrag am Samstag in Danau (am Freitag 3,02 Meter), in Steinheim 2,90 Meter (am Freitag 2,88 Meter).

Offenbach a. M., 23. Jan. (Schweres Explosionsunglück.) In der Heusenstammer Filiale der Leichterischen Holzwerke zu Offenbach fand am Sonntag nachmittag infolge eines Betriebsunfalls ein Explosionsunglück statt, dem leider eine Anzahl Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Der Materialschaden ist gering. Der Betrieb erfährt keine Störung.

Darmstadt, 24. Jan. (Die gegenwärtige Knappheit von Schweinefleisch und frischer Wurst.) Veranlaßt die Bürgermeister Darmstadt, bekannt zu geben, daß von jetzt ab frisches, rohes Schweinefleisch, frisches, rohes Schweinefleisch, gefülltes Fleisch und frische Wurst, sowie Wurst nur noch an hiesige Einzelhändler gegen Vorweisung der Vorauszahlung abgegeben wird.

Darmstadt, 23. Jan. (Ein gefährlicher Vorrat.) Die Gr. Staatsanwaltschaft erläßt folgendes Auschreiben: Am 11. Januar 1916, vormittags 9 Uhr, wurde auf dem Wege von Bingen nach Mitteldid auf einem 19jährigen Mädchen ein Notzuchtversuch unter Bedrohung mit einem Revolver verübt. Der Täter hat zum Zweck der Begehung solcher Verbrechen durch Zeitungsanzeigen jungen Mädchen nicht unter 16 Jahren Stellen als Hausmädchen oder Verkäuferinnen angeboten und die sich auf diese Anzeige Meldenden durch Briefe, die mit falschem Namen unterschrieben waren, an kleine Bahnstationen bestellt, um sie dort abzuholen. Der Täter wird beschrieben: etwa 25 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 groß, schlank, längliches Gesicht, kurz gestutzten Bart, das rechte Bein etwas gebogen (X-Bein), spricht dialektfrei, trägt orangefarbene abgetragene Lederhosen, dunkle Hosen, steifen, schwarzen Hut, Schuhe am Rande der Sohlen mit Nägeln beschlagen. Um Festnahme und Meldung wird ersucht. Im vorliegenden Falle gelang es dem sehr nützigen Mädchen, das an der einsamen im Wald gelegenen Stelle vollständig in der Gewalt des Räufers war, der sie mit dem Revolver bedroht und schon mit einem großen Messer ihr die Unterleider vom Leibe getrennt hatte, im letzten Augenblick unter Anwendung großer Heftigkeit dem Verbrecher zu entfliehen. Der Verbrecher hat auch ein anderes Mädchen auf dem Bahnhof Niederborsdorf bestellt, um es angeblich nach Wiesbaden zu führen, kam aber nicht mehr, nachdem das oben erwähnte Attentat mißglückt war. Wahrscheinlich hat er sich noch an andere stehende Mädchen gewandt und daher ist es ratsam, der Staatsanwaltschaft in Darmstadt oder Frankfurt Mitteilung zu machen.

Reins, 23. Jan. (Eine fälschliche Bezahlung.) In der Hauptversammlung des „Schuhverbandes Reinsiger Hauselgen“ stand u. a. auch die Erhöhung des Jahresbeitrages der Mitglieder auf der Tagesordnung, die hauptsächlich damit begründet wurde, daß das Vereinsvermögen von rund 48000 Mark auf 40000 Mark herabgegangen sei. Mit der Bemerkung, daß man von einem Verlust nicht gut reden könne, da 2000 Mark zur Abschreibung auf Mobilität und 1000 Mark als Spende für das „Rote Kreuz“ verwendet worden seien, wurde von seiten eines Mitgliedes gegen die Erhöhung polemisiert. Hierauf begründete Direktor Würth die beantragte Erhöhung mit folgenden Ausführungen: Der Verlust sei in Wirklichkeit viel höher zu buchen, wenn nicht durch den Krieg 4 Bureaupersonen entlassen worden wären, wodurch man ein Jahresgehalt von zusammen 3000 Mark erspart habe. Herr Würth ist erst seit etwa Jahresfrist Direktor dieser Gesellschaft und offenbar noch ein enfant terrible. Der Vorstand des gegen die Erhöhung polemisierte. Hierauf begründete Direktor Würth haben. Aber dies alles vermag nichts an der ungeheuerlichen Tatsache zu ändern, daß man vier Personen mit je 750 Mark Jahresgehalt in Diensten hatte und denen man, offenbar seitdem sie zum Kriegsdienst eingezogen worden sind, keinen Pfennig mehr bezahlte. Es wurde zwar nachträglich vom Vorstände gesagt, daß man „selbstverständlich“ diesen Leuten etwas habe zukommen lassen, doch in Zahlen fand dies keinen Ausdruck.

Limburg, 24. Jan. (Verstärktes Getreide.) Bei den Nachprüfungen der Getreidevorratsverhebungen im Kreise Limburg hat sich herausgestellt, daß sich einzelne Landwirte trotz der schweren Strafbefugnis auf Verheimlichungen von Getreide- und Mehlmengen hinrichten ließen. Es wurden nicht nur in Scheunen, Ställen, Wohnungen, sondern auch in Wägen Getreidemengen versteckt

vorgesunden. Der Landwirt S. Goffmann in Rauheim bei Limburg hatte 2 Säcke Korn im Bett versteckt. Ob das andere Korn die elektrische Anlage oder die Schrotmühle verzeiht hat, konnte bisher nicht festgestellt werden. Ja, der Bauer

Wexlar, 23. Jan. (Gewinnverteilung.) Die Firma Ernst Leitz, optische Werkstätten hier, hat der Fabrik-Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse weitere 100 000 Mark überwiesen.

Aus Frankfurt a. M.

Meldepflicht für Butterbezug.

Die Preisprüfungsstelle teilt mit: Um zuverlässige Grundlagen für die etwa erforderliche Regelung des Butter- und Fettverkehrs, insbesondere durch Einführung von Butter pp. Marken zu gewinnen, ist die wöchentliche formularmäßige Anmeldung der von außerhalb eingeführten Mengen an Inlands-Butter und Speisefetten (im- und ausländischer Erzeugung) für die betreffenden Handels- und Gewerbetreibenden vorgeschrieben. Dieser Verpflichtung sind zahlreiche Anmeldepflichtige in letzter Zeit nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht nachgekommen. Von jetzt ab werden Zuwiderhandlungen gegen die Vorschrift unmissverständlich zur Bestrafung angezeigt werden, indem bemerkt wird, daß das Versehen eine Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder eine Geldstrafe bis zu 1500 Mark androht.

Der Butter- oder Fett in einer Woche nicht einführt, ist fortan verpflichtet, an jedem Montag eine Meldepflicht auf dem vorgeschriebenen Anmeldeformular bei der Preisprüfungsstelle einzureichen. In dieser Angelegenheit wird auf die bezügliche Bekanntmachung im städtischen Anzeigebrett vom 23. Januar 1916 hingewiesen.

Von der Cronberger Bahn. Ein Besuch des Magistrats der Stadt Cronberg um Einführung der vierten Wagenklasse auf der Cronberger Eisenbahn wurde von der Eisenbahndirektion unter der Begründung abgelehnt, daß für die die Bahn benutzende Arbeiterbevölkerung bereits Wochenarten und Rückfahrkarten zum Satz von 1 Pfennig für das Kilometer ausliegen. Da diese Einrichtung schon vor der Übernahme der Bahn in den Staatsbetrieb bestand und die Karten für alle Rüge Gültigkeit haben, dürfte damit den Interessen der minderbemittelten Bevölkerung auch ohne Einführung der vierten Wagenklasse nach Ansicht der Direktion in ausreichendem Maße Rechnung getragen sein, meint die Eisenbahnverwaltung. Wir teilen diese Auffassung nicht.

Verammlung der Naturfreunde. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ hielt vorige Woche seine Jahresversammlung. Es haben mehr als 120 Mitglieder im Felde, davon sind schon 8 gefallen. In seinem Geschäftsbericht hob der Obmann Genosse Harting hervor, daß die Hauptarbeit des vergangenen Jahres der Vollendung der Schutzhütte auf dem Pferdshof galt. Der Besuch der Hütte war trotz der schweren Zeit fortgesetzt ein guter. Auch konnte der Verein im abgelaufenen Jahr eine ganz stattliche Zahl Beiträge buchen. In die Leitung der Ortsgruppe wurde Genosse A. Harting als Obmann einstimmig wiedergewählt. Neuemöbilit wurden die Genossen Dünkel als Stellvertreter, Her und Dörfler als Kassierer, Pundt und Wölfer als Schriftführer, Bräuner und Bauer als Beisitzer, J. Weber als Sachwart, E. Kaiser und Phil. Schneider als Revisoren und R. Wölfer als Führerobmann.

Vergehen gegen die Kriegsgesetze. Der Volksgerichtshof meldet: Wegen Vergehen gegen die Kriegsgesetze wurden durch Strafbefehle des Rgl. Amtsgerichts bestraft: Wegen Ueberschreitung der Kartellhöchstpreise 1. die Händlerin Sophie Wilt, geb. Volkstopf, Götterstraße 8, mit 80 Mark Geldstrafe event. acht Tage Gefängnis; 2. die Händlerin Pauline Sprengel, geb. Wibel, Seelgasse 29, mit 20 Mark event. drei Tage Gefängnis; wegen Reichverbrauchs über das zutreffende Quantum 3. der Bäckermeister Fritz Kempf, Roststraße 31, mit 150 Mark event. 15 Tage Gefängnis; wegen zu viel Futterverfütterung 4. der Fuhrunternehmer Josef Böhm, Großer Hafenplatz 35, mit 100 Mark event. 10 Tage Gefängnis; wegen Abgabe von Fleisch an verbotenen Tagen: 5. die Bohnhofswirtin Maria Ober, geb. Quatlenbaum, Personenbahnhof, mit 50 Mark event. 5 Tage Gefängnis; 6. die Wirtin Sophie Ragerle, geb. Sauder, Deutschherrnplatz 34, mit 40 Mark event. 4 Tage Gefängnis.

Festgenommenen Betrüger. Am 20. Juli v. J. wurde ein angeklagter Meißener Erich Kuliner wegen Betrugs festgenommen. Er hat Verurteilungen auf Verbergrößenherungen ausgenommen, sich Anschuldigungen machen lassen und die Aufträge nicht erfüllt. Bei seinen Schwandeleien nannte er sich auch Wälfner und Gild. Sein richtiger Name ist Josef Wolmann. Eine Anzahl Photographien, die bei Wolmann gefunden wurden, sind beschlagnahmt und können von den Eigentümern bei der Kriminalpolizei, Hohenzollernplatz 11, Zimmer 403, angesehen und in Empfang genommen werden.

Gestohlenes Wertpapier. In einem Reinsiger Bankhaus wurde ein junges, gutgekleidetes Mädchen ein Frankfurter Wertpapier über 2000 Mark zu verkaufen. Die Bankangestellten schöpften Verdacht und haben im Verzeichnis gestohlener Papiere nach, was nach kurzer Zeit das Frankfurter Papier gefunden wurde. Als das Mädchen die stuhligen Gesichtszüge merkte, ließ es das Papier im Stich und floh auf die Straße, wo es von einem Herrn erwischt wurde. Das Paar konnte trotz sofortiger Verfolgung nicht ergriffen werden. Das Wertpapier ist unlängst einem Frankfurter Privatmann gestohlen worden.

Neues aus aller Welt.

Zu dem Brand in Wolde wird noch gemeldet: Es wurden 1100 Obdachlose gezählt, 150 Häuser brannten ab. Der Schaden wird auf etwa 5 Millionen berechnet. Menschenleben wurden, soviel sie jetzt übersehen werden kann, bei dem Brand nicht verloren.

Eisenbahnunglück in Westamerika. Ein Eisenbahnzug mit 120 Weilen von Seattle im Gebirge von einer Lawine getroffen worden. Zwei Wagen sind in einen 19 Meter tiefen Abgrund gestürzt; 14 Personen sind tot, viele verwundet.

Kapitalistische Gebarung einer Genossenschaft.

In der „Bremer Bürgerzeitung“ lesen wir: „Die Konsum- und Spargenossenschaft in Schney hat sich vor Jahren auf die Herstellung von Rohwaren geworfen. Durch Vermittlung der Grobeinkaufsgenossenschaft in Hamburg erhielt sie Aufträge aus ganz Deutschland. Der Betrieb entwickelte sich, die Werkstätten mußten vergrößert werden, von Jahr zu Jahr wuchs der Ueberfluß. Das war nicht erschaunlich, weil die Löhne und die Abschüsse der privaten Konkurrenz auch für die Arbeiter der Genossenschaft allein maßgebend blieben. Es war sehr schwierig, nach und nach einige Verbesserungen für die Arbeiter herauszufinden. Schlußaufträge waren bis zum Ausbruch des Krieges eine Seltenheit. Nur für die Eisenbahnverwaltung kam die Herstellung von Kohlenförderern in Betracht. Der Fabrikation von Geschloßfedern stand die Verwaltung ablehnend gegenüber, weil man nach ihrer Kalkulation hierbei nichts verdiente.“

In den weiteren Ausführungen wird mitgeteilt, daß die Genossenschaft sich schließlich auch mit Erfolg um Geschloßfedernbemühung und schließlich sogar 700 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte. Alle gewerkschaftlichen Bemühungen um wesentliche Lohn- und Gehaltssteigerungen seien erfolglos geblieben, und dann heißt es im Bericht weiter:

„Die Schneyer Genossenschaft zahlte um einige Pfennige mehr, nachdem vom Verband öfters auf eine anständige Entlohnung gedrungen war. Sie tat sich auch viel zugute, daß sie die Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung übernommen hatte. Mehr

zu tun, weigerte sie sich mit der Begründung, daß ja doch nichts übrig bleibe. Auf die Zweifel des Verbandes hin wurde ihm vorfallend, daß der sehr viel hergestellte Ueberfluß gar keinen Gewinn übrig lasse. Diefes grüßte war die Ueberraschung, als aus dem Jahresbericht zu erkennen war, daß die Genossenschaft aus ihrer Produktivabteilung für Rohwaren allein nicht weniger als 166 740,03 Mark Reingewinn erzielt hatte.“

Trotz dieses Geschäftsergebnisses sind auch die weiteren gewerkschaftlichen Bemühungen um eine bessere Entlohnung der Arbeiter nicht von wesentlichem Erfolg gewesen. Unter solchen Umständen muß man sich wirklich fragen, ob denn das genossenschaftliche Produktionsystem dabei noch irgend eine Berechtigung hat. Wir müssen diese Frage glatt verneinen. Auf die möglichst gute Entlohnung der Arbeiter und Angestellten eines solchen Genossenschaftsbetriebes kommt es doch in erster Linie an, nicht auf die Kapitalbildung. Die Leiter von Konsumvereinen sollten sich stets zur Richtschnur nehmen, alles zu vermeiden, was geeignet ist, der Genossenschaftsbewegung irgendwie nachteilig zu sein. Denn die Einsicht, daß auch die genossenschaftliche Organisation für die Arbeiterkraft durchaus notwendig ist, hat sich leider noch nicht überall Bahn gebrochen.

Wiesbadener Theater.

Reisend. Theater.

Montag, 24. Jan., 7 Uhr: „Die seltsame Erzählung“. Dienstag, 25. Jan., 7 Uhr: „Jahrmärkte in Pilsen“. Mittwoch, 26. Jan., 7 Uhr: „Die seltsame Erzählung“. Donnerstag, 27. Jan., 7 Uhr: „Zante Tischen“. Freitag, 28. Jan., 8 Uhr (Vollvorstellung): „Wo die Schwalben nisten“. Samstag, 29. Jan., 7 Uhr (Reueit!): „Romödie der Worte“. Sonntag, 30. Jan., 12 Uhr vorm. (Vorgensunterhaltung): Gastspiel Monny-Johannson und Josef Garais: Tänze und Lieder zur Route. Salbe Preise. — 4 Uhr: „Ein toller Einfall“. Salbe Pr. — 7 Uhr: „Romödie der Worte“.

Königliches Theater.

Montag, 24. Jan., 7 Uhr: Viertes Symphonieconcert. Dienstag, 25. Jan., 7 Uhr: „Des Meeres und der Liebe“. Mittwoch, 26. Jan., 7 Uhr: „Der Graf von Luxemburg“. Donnerstag, 27. Jan., 7 Uhr: „Lindber“. Freitag, 28. Jan., 7 Uhr: „Ariadne auf Naxos“. Samstag, 29. Jan., 7 Uhr: „Rumpelstilzchen“. Sonntag, 30. Jan., 2½ Uhr: „Hänsel und Gretel“. Hierauf: „Die Puppenfee“. — 7 Uhr: „Phädra“. Montag, 31. Jan., 7 Uhr: „Phädra auf Touris“.

Kriegs-Abende

im großen Saale der Turngesellschaft, Schwalbacher Str. 8.

31. Abend: Zur Feier von Kaisers Geburtstag.

Donnerstag den 27. Januar, abends 8 Uhr.

Leitung: Herr Direktor Dr. Söter.

Sektrede: Herr Hauptmann d. L. Maurer.

Mitwirkende: 1000 Frau Gail (Winkel), Herr Max Duffath, Herr Gustav Jacoby und das Wiesbadener Dilettanten-Orchester (Leitung: Herr E. Schmidt). Eintrittspreis 20 Pfg. (einschließlich Kleidergebühren). Vorverkauf am Donnerstag von 11—1 und von 2½—4 Uhr am Saaleingang.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.

Billige Speisen und Getränke.

Regelbahn und angenehme Aufenthaltsräume.

Für alle alten Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen.

Ehren-Tafel
des Deutschen Bau-
arbeiter-Verbandes,
Zweigverein Wiesbaden.

Auf dem Felde der Ehre sind gefallen die Mitglieder:

- Bach, Adolf, Maurer, aus Sonnenberg, geb. 2. April 1887, gefallen am 26. September 1915.
- Baum, Hermann, Maurer, aus Sonnenberg, geb. 3. Februar 1885, gefallen am 9. September 1915.
- Bier, Adolf, Maurer, aus Schierstein a. Rh., geb. 22. Dezember 1888, gefallen am 27. August 1915.
- Bombardier, Karl, Maurer, aus Hambach, geb. 9. Mai 1886, gefallen am 4. November 1915.
- Böhm, Wilhelm, Hilfsarbeiter, aus Wiesbaden, geb. 8. Mai 1886, gefallen am 10. September 1915.
- Damm, Emil, Hilfsarbeiter, aus Biedrich a. Rh., geb. 30. Dezember 1871, gefallen am 9. September 1915.
- Freund, Wilhelm, Maurer, aus Hambach, geb. 29. Juni 1879, gefallen am 7. Dezember 1915.
- Kraus, Friedrich, Stukateur, aus Dohheim, geb. 5. August 1881, gefallen am 7. Januar 1916.
- Kreß, Fritz, Maurer, aus Dohheim, geb. 2. September 1872, gefallen am 22. September 1915.
- Lambrecht, Ludwig, Stukateur, aus Sonnenberg, geb. 20. September 1882, gefallen am 9. Januar 1916.
- Ohl, Karl, Hilfsarbeiter, aus Sonnenberg, geb. 9. Juli 1880, gefallen am 24. August 1915.
- Roth, Valentin, Hilfsarbeiter, aus Wiesbaden, geb. 1. August 1890, gefallen am 27. September 1915.
- Schmidt, Karl, Maurer, aus Koppenheim, geb. 5. Juli 1888, gefallen am 28. September 1915.
- Schumacher, Heinrich, Stukateur, aus Medenbach, geb. 18. Juni 1884, gefallen am 1915.
- Sulzowski, August, Maurer, aus Jghadt, geb. 15. Februar 1893, gefallen am 2. September 1915.
- Wingendach, Heinrich, Hilfsarbeiter, aus Dohheim, geb. 11. Juli 1892, gefallen am 20. August 1915.
- Yrbe, Emil, Hilfsarbeiter, aus Hambach, geb. 19. Dezember 1894, gefallen im September 1915.
- Zimmer, Philipp, Hilfsarbeiter, aus Biedrich-Waldstraße, geb. 6. November 1877, gefallen am 12. Dezember 1914.

Am 7. Januar 1916 hat im Alter von 87 Jahren unser Mitglied der Hilfsarbeiter und Invalidenliste

Karl Nicolai

aus Wiesbaden an Krebskrankheit.

Esse ihrem Kunden!

181082 Der Vorstand.

Bestimmungsort nicht erreicht. Man vermutet, daß er im Sturz untergegangen ist.

Das Hamburger Brifengericht verhandelte am 22. Januar über die wegen des Verdachtes neutralitätswidriger Unternehmung und unklarer Schiffsaperte eingebrachten holländischen Fischdampfer „Walder“, „Anna“, „Jolina“, „Joan-Scroom“ und „Oceaan III“. Die dem Brifengericht überwiesenen Schiffe sind nach erfolgter Untersuchung freigegeben worden. Die von den Eigentümern geltend gemachten Schadenerschaftsprüche sind abgelehnt worden. Dem Reder des ausgebrachten holländischen Dampfers „Walter Jan“ wurde für den Gang eine Summe von 3000 Mark zugesprochen. Der beantragte Ankaufserwerb, der auf Fangverlust, Verklarung, Bootsgelder, Telegrammgebühren usw. zurückgeführt wurde, ist nicht bewilligt worden. Im Falle der norwegischen Bark „Hercy Croff“, die mit einer Ladung Schmieröl von Philadelphia nach Le Havre unterwegs war, wurden die seitens der Eigentümer und der Verklager gemachten Reklamationen abgewiesen. Schiff und Ladung sind zu Recht gerettet worden. In ähnlichem Sinne entschied das Gericht über die torpedierte und nach einem dänischen Hafen ausgebrachte norwegische Bark „Vell-gade“, die sich mit Getreide auf der Reise von Galitz nach England befand. Die Verklager des Kases der norwegischen Bark „Eva“, die Getreide für England an Bord hatte, ist auf die Freibrückung des Brifengerichts verwiesen worden. Von der Entschädigung freigegebenen dänischen Dampfers „Kier“ ist ein Teil freigegeben worden. Die ursprünglich angeordnete Festnahme des nach London bestimmten Schiffes wurde gerichtszeitig anerkannt.

Sensitiv, 23. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Ein deutsches Unterseeboot torpedierte heute vorstrand einen englischen Frachtdampfer, welcher darauf strandete; die Besatzung ist gerettet.

Berlin, 22. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Die „V. B. a. M.“ meldet aus New York: Seit mehr als einem Monat sind hier Passagen aus Deutschland nicht mehr eingetroffen, so daß man annehmen kann, daß die deutsche Post vom Anfang Dezember den amerikanischen Nachschub nicht mehr in die Hände gelangt. Wahrscheinlich haben englische Schiffe die Postbeutel für Amerika geraubert.

Englische Finanzfragen und Munitionsforgen.

Die Kosten der englischen Kriegspensionen betragen wöchentlich 45 000 Pfund, und zwar für Kriegsbeschädigte 20 000 Pfund, für Kriegsgewunden 15 000, für Kriegsfeldbeschädigte Offiziere 450, für Offizierswitwen 4000 und für Marinepensionäre 6580 Pfund. Damit gespart werde, will die Regierung die Einfuhr von Luxuswaren einschränken oder ganz zu verhindern.

Die Kriegsgewinne, die die englische Schifffahrt im abgelaufenen Jahre gemacht hat, sind laut einer Nachricht der „Press“ ganz außerordentlich. 585 Schiffe, die 100 Schiffsfahrtsgeellschaften gehören, machten einen Gewinn von 4 742 000 Pfund Sterling und zahlten eine mittlere Dividende von 11 1/2 Prozent aus. Eine große Anzahl Schiffsfahrtsgeellschaften hat infolge der außerordentlich hohen Frachtsätze, die sie fordern, eine Dividende von 20 bis 35 Prozent ausgeben können. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise ist die Folge dieser außerordentlichen Frachtsätze.

Der Einstellung von holländischen, ungarischen und weiblichen Arbeitern in der Munitionsfabrikation haben laut einer Aussage des Ministerpräsidenten im Unterhause die Leiter der großen Gewerkschaften als einer vorläufigen Zeit zugestimmt.

Ein Fliegerangriff auf die englische Offküste.

London, 22. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureau. Das Pressobureau teilt mit: Unter Benutzung des hellen Mondlichtes kam heute nacht 1 Uhr ein feindliches Flugzeug an unsere Offküste, warf schnell hintereinander neun Bomben ab und kehrte sofort zurück. Kein militärischer oder maritimer Schaden wurde angerichtet, aber Privateigentum erlitt einigen Schaden. Eine Brandbombe verursachte ein Feuer, das um 2 Uhr gelöscht war. Zwei Zivilisten sind getötet, zwei Männer, eine Frau und drei Kinder leicht verletzt worden.

Das Mißtrauen in Frankreich.

Paris, 23. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Die geeinigten Sozialisten haben der Kammer folgenden Antrag unterbreitet: „Die Kammer wolle beschließen, daß eine ständige Kommission von 44 Mitgliedern, die monatlich wechseln soll, unter den kämpfenden Truppen weilen soll; ohne in die militärischen Anordnungen einzugreifen, sollten sie das Recht haben, auf ihre Gefahr die ganze Front, auch die Feuerlinie, zu bereisen. Wenn während ihrer Anwesenheit militärische Operationen im Gange sind, sollen sie bei den kämpfenden Truppen oder den Stäben der beteiligten Armeen den Operationen folgen dürfen. Das militärische Kommando muß den Abgeordneten alle Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgabe bereitstellen. Auf Antrag Renaudel hielt die Partei einen früheren Antrag auf Bildung eines gemeinsamen Organismus, der die Tätigkeit der Kammer und des Senats in Verbindung bringt, aufrecht. Der Kammer wird vorgelegt: ein Gesetz betreffend die Nachuntersuchung Jurisdiktion der Jahrgänge 1913 bis 1917, der Befreiten der Jahrgänge 1915 bis 1917. Angenommen wurde die Vorlage auf Nachuntersuchung Befreiter und Jurisdiktion der einberufenen Jahrgänge in den Kolonien.“

Paris, 23. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Aus Anlaß von Nachregulierung einiger großer Pariser Blätter entspann sich in der Kammer eine Sensationsdebatte. Paul Reumier begründete eine Vorlage, die die Kommission für die Strafverfolgung eingeleitet hat und die verlangt, daß einzig das Gesetz von 1881 für die Presse in Kriegs- wie in Friedenszeiten angewandt werde. Die Kommission spricht sich für die Zensur aus. Diese müsse aber auf militärische und diplomatische Artikel beschränkt bleiben. Die Kommission weist mit aller Kraft die ungesetzmäßige politische Zensur zurück und schlägt vor, die Beschlagnahme von Zeitungen und die administrative Beurteilung der Presse zu unterlassen. Die Regierung habe sich an die Abmachungen mit der Presse vom August 1914 ihrerseits nicht gehalten.

Das Zentrum und die Abänderung des Vereinsgesetzes.

Zu der Ankündigung einer Novelle zum Vereinsgesetz, die den Zweck verfolgt zu verhindern, daß die Gewerkschaften als politische Vereine erklärt werden können, schreibt die „Kölnische Volkszeitung“:

Wir haben die Behandlung der Gewerkschaften als politische Vereine stets als ein innerlich unhaltbares Ausnahmengesetz betrachtet und dementsprechend von Anfang an unentwegt abgelehnt und bekämpft. Infolgedessen sind wir, wie gesagt, mit der Beseitigung dieses Ausnahmengesetzes jetzt und zu jeder Zeit ganz einverstanden. Aber es gibt doch auch noch andere Ausnahmengesetze, welche diesen Charakter noch viel stärker ausprägen als das Vereinsgesetz und für die betroffenen Bevölkerungskreise noch viel bedauerlicher sind. Daher

müssen wir an die Ankündigung des „Vorwärts“ mitgeteilt werden die Frage knüpfen: Wie steht denn mit dem Vereinsgesetz? Daß es ein geradezu schreiendes Ausnahmengesetz ist, brauchen wir doch nicht mehr auszuführen. Daß es sobald wie möglich aufgehoben werden sollte, war zu Beginn des Krieges eine ganz allgemein angenommene Meinung. Was hindert denn, auch dieses Gesetz schon aufzuheben?

Das Zentrum will also die Angelegenheit der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter mit dem noch bestehenden Rest des Vereinsgesetzes verknüpfen. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie sind bekanntlich stets für die Beseitigung auch des kirchlichen Ausnahmengesetzes zu haben. Aber will etwa das Zentrum die Vereinsnovelle scheitern lassen, wenn die bürgerlichen Parteien am Vereinsgesetz festhalten? Das wäre eine seltsame Politik.

Hausdurchsuchungen in Düsseldorf.

Freitag früh zwischen 8 und 8 Uhr fanden in Düsseldorf im Parteibüro der Gewerkschaften, sowie in den Privatwohnungen von etwa einem Dutzend Partei- und Gewerkschaftsangehörigen durch Beamte der politischen Polizei Hausdurchsuchungen statt, die sich zum Teil bis auf die Koffertkoffer und das Kleiderkoffer der Sonntagsgänge erstreckten. Gesucht wurde angeblich nach dem Zinnschmelzer Ransfeld. Die Hausdurchsuchungen waren ohne wesentlichen Erfolg; hier und da wurden einige verdächtig erscheinende bedruckte Bogen Papier mitgenommen, ferner bei einem Genossen ein Bündel Manuskripte, die dessen literarische und journalistische Feiertagsarbeit aus dem Zeitraum eines Jahres vorstellten, zu den gesuchten Dingen aber in keinerlei Beziehung stehen.

Kein Wucher.

Vor einiger Zeit ging durch die Presse eine Mitteilung, wonach die Fleischwarenfirma Vogt & Wolf in Gütersloh derart gute Geschäfte bei Meereslieferungen gemacht habe, daß sie ihren Teilhabern nicht weniger wie 30 Prozent Dividende auszahlen könne. An diese Mitteilung wurden begreifliche Bemerkungen geknüpft, und die Staatsanwaltschaft zu Bielefeld sah sich veranlaßt, auf Grund der bekannten Bundesratsverordnung gegen die Firma ein Verfahren wegen Wuchers einzuleiten. Wie es scheint, ist das Verfahren bereits seinem Abschluß nahe, denn es wird jetzt ein Gutachten der Bielefelder Handelskammer veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

Die Firma hat im Berichtsjahre 1914/15 Pfund Fleisch verarbeitet und abgesetzt und damit einen Reingewinn von 488 704 Mark erzielt. Das macht auf das Pfund 12,7 Pfg. Reingewinn. Nimmt man als durchschnittlichen Einkaufspreis für das Pfund 120 Pfg. an, so ergibt sich am Pfunde ein Gewinn von etwas über 10 Prozent. Die Gewinnhöhe steht in normalen Jahren ein Durchschnittsgewinn von 6 bis 8 Pfg. gegenüber. Der höhere Gewinn des Jahres 1914/15 ist nun in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Firma ihr Stammkapital von 1 Mill. Mark vier- bis fünfmal umschlagen konnte.

Dann werden die besonderen „Umstände“ angeführt, die es der Firma ermöglicht hätten, den hohen Gewinn in ganz einwandfreier Weise zu erzielen. Es wird auf Vorräte hingewiesen, auf die Bedürfnisse der Meeresverwaltung, auf Preissteigerung usw., die der ganzen Marktlage entsprochen habe.

Daß sie auch von der Firma Vogt & Wolf ausgenutzt wurde, ist geradezu eine Selbstverständlichkeit, wie es selbstverständlich ist, daß die Firma bei fallender Konjunktur ihre Verluste selbst zu tragen gehabt hätte.

Das Gutachten der Handelskammer lautet schließlich dahin: „Daß der Firma nicht der Vorwurf wucherischer Ausbeutung zu machen ist, sondern daß sie durchaus kaufmännisch verfahren hat.“

Also kein Wunder! Die Staatsanwaltschaft wird wahrscheinlich entsprechende Folgerungen daraus ziehen und die Sache wird ausgehen, wie es sich bei unseren spekulativen Produktionsverhältnissen ungefähr voraussagen ließ. Aber man verARGE nicht einen nobelstehenden Vergleich: Wenn ein Hund hundert Mark auf Zinsen sechs Mal im Jahre „umschlägt“ und sich allemal 5 Prozent Jahreszinsen unter einer vornehmlichen Bezeichnung geben läßt, so ist das sicher Wucher, und er wird schwer bestraft. Hätte er den schlauren Gedanken gehabt, sein Kapital einem Unternehmen zuzuwenden, dem die Kunst der Verhältnisse ermöglichte, die Summe 5, 10 oder unsertwegen auch 20 Mal „umschlagen“ und kaufmännisch-versteckten Profit in gar größerer Höhe zu machen, so würde man ihm bei unseren Rechtsnormen und dem Urteil unserer maßgebenden Handelskammern wohl kaum etwas anhaben können. Im Kriege sind zwar die Rechtsverhältnisse ein wenig geändert, aber man sieht: Bismarck starke Profitmacherei ist möglich ohne daß die Handelsinstanzen irgend etwas Arges darin sehen.

Soffentlich bleibt uns nun wenigstens der Trost, daß diese unerhörten hohen Gewinne von 30 Prozent — doppelt so hoch wie in normalen Jahren! — durch den Kriegsgewinnsteuersatz kräftig beinhalten werden. Daß derart hohe Gewinne an Nahrungsmitteln erzielt werden in einer Zeit, wo die Masse des Volks sich „durchkämpfen“ muß, das ist wirklich nicht so unauffällig und einwandfrei, wie die Handelskammer zu meinen scheint.

Ausschub in China.

Tokio, 22. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureau. Der japanische Gesandte in Peking telegraphierte der japanischen Regierung, daß die chinesische Regierung antwortend den Ausschub der Errichtung einer Monarchie bekannt macht, da die inneren Unruhen eine Herabsetzung des ursprünglichen Planes notwendig machten, die Monarchie Februaranfang zu proklamieren. Die Dauer des Ausschubs sei unbestimmt. Den Provinzbeamten ist hiervon Mitteilung gemacht worden.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Dem Reichstag wird im März ein Gesetzentwurf zugehen, der die Kapitalisierung der Kriegszinsen ermöglichen soll. Einzelheiten sind noch nicht bekannt, der Reichstag wird aber sehr vorsichtig zu Werke gehen müssen, damit nicht in kürzester oder längerer Zeit eine Menge Kriegsinvaliden mittellos dastehen. Der Gesetzentwurf steht im Zusammenhang mit den Bestrebungen, die Kriegsinvaliden anzufrieden.

Ueber Schweizer Getreidepreise und Zufuhrschwierigkeiten heißt es im „Wunder“ u. a.: Seit einigen Wochen ist das Chartern von Dampfern für das Mittelmeer mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden. Die Frachtsätze betragen heute das Sechsfache der normalen Sätze vor dem Krieg. Für Ueberseefracht werden heute 4000 bis 5000 Franken pro Tonne gegenüber 50 bis 60 vor Kriegszeit gefordert. Es sieht heute so aus, als ständen wir erst vor der Leerung. Jedenfalls hat man alle Ursache, mit den für die Schweiz verfügbaren Vorräten an Getreide recht sparsam umzugehen.

Die „S. B. a. M.“ meldet aus Zürich: Den starken Vertriebseinstellungen auf dem Lugano- und Comer-See muß in kurzer Zeit eine vollständige Einstellung der Schifffahrt folgen, wenn es in den nächsten Tagen nicht gelingt, Kohlen heranzufahren.

Pariser Nachrichten zufolge ist ein Teil der deutschen Truppen in Kamerun nach Spanisch-Guinea übergetreten. Sie werden wahrscheinlich dort interniert.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ zum Parteifreit.

In einem längeren Artikel sagt unser österreichisches Zentralorgan u. a.:

„Uns scheint die besondere Gefahr darin zu liegen, daß sich keine Richtung im Mittelpunkt der Frage befindet, er vielmehr von beiden Seiten verlassen wurde, was sich schon darin kundgibt, daß man beharrlich von einer Linken und Rechten redet. Wie steht die Sache? Die Fraktion hat ihre Entscheidung am 4. August einstimmig und geschlossen gefaßt: die Entscheidung, die niedergelegt ist in ihrer Erklärung und in ihrer Abstimmung für den Kriegskredit. Daß in der Fraktionsberatung eine kleine Minorität gegen die Bewilligung gestimmt hat, tat der Einstimmigkeit und Geschlossenheit der Entscheidung keinen Abbruch; die Abstimmung in der Fraktion verläßt nicht den Bereich eines Vorschlags. Zu der Entscheidung gehörte natürlich sehr wesentlich auch die Erklärung; abstimmen können auch sozialdemokratische Abgeordnete nicht anders als mit ja oder nein; die Begründung ihrer Abstimmung und damit ihre besondere Stellung zum Kriege war eben in der Erklärung niedergelegt. Diese Entscheidung fand damals auch in der Parteioffentlichkeit ziemlich einmütige Aufnahme; wenn die einen sie auch lebhaft begrüßten, die anderen sie nur gerade als Notwendigkeit begriffen, so war dennoch ein härterer Widerspruch nicht zu bemerken. Das Problem war nun, bei dieser Stellung zu bleiben, die eine teils das Gebot der Landesverteidigung auch für die Sozialdemokratie anerkennt, andererseits zu dem Kriege, den sie nicht gemocht hat und der von ihrer Auffassung des Verhältnisses der Völker und der Schlichtung der Gegensätze weit entfernt ist, deutliche und fühlbare Distanz hält. Da wir heute nicht anders wie damals von der Ueberzeugung erfüllt sind, daß die Reichstagsfraktion gehandelt hat, wie sie handeln mußte, daß ihre Entscheidung vom 4. August im Einklang steht, ebenso mit dem sozialdemokratischen Programm wie mit den bei uns bestrittenen Traditionen der Partei, so ist es ebenso unsere Ueberzeugung, daß das Verhalten bei dieser Entscheidung die einzig erspriechliche Politik gewesen wäre, welches Verhalten die Entscheidung größerer und präzisierter Gegenstände, die die Einigkeit der Partei nun so schwer bedrohen, sicherlich ausgeschlossen hätte.“

An diesem Verhalten hat es nun auf beiden Seiten gefehlt. Anstatt jene Entscheidung als eine geschichtliche Tatsache zu begreifen, die der in einem gegebenen Augenblick von unüberwindlichen Gründen bestimmte Willensäußerung der Vertretung des deutschen Volkswillens war, ist die Linke immer deutlicher der Vorstellung verfallen, daß man jene Abstimmung als eine Abirrung, eine Verirrung, als ein Abweichen von den sozialdemokratischen Grundgedanken zu erkennen habe, wonach es dann eben ihre Aufgabe in der Partei wäre, die Masse der Parteigenossen mit dem Bewußtsein dieses geschichtlichen Fehlers ihrer Abgeordneten zu erfüllen, denen der Verdammungsdruck darüber nicht erspart werden dürfe. Auf der anderen Seite — nicht bei den so klugen und besonnenen Mitgliedern des Parteivorstandes, wohl aber bei nicht wenigen publizistischen Wortführern der Rechten — ist allmählich ein Hinabgleiten und ein Hineingleiten in die bürgerliche Kriegslogik wahrnehmbar geworden, das sich von der Stellung der Fraktion und Partei am 4. August leider sehr fühlbar unterschied. Dadurch entstand nun nicht bloß der Konflikt, sondern entstand das betrübliche Mißverhältnis, daß die beiden Richtungen aufeinander nicht mehr zu wirken vermochten. Die Linke war unermüdlich, die Ausschreitungen auf der rechten Seite zu kennzeichnen; denn indem sie den Beschluß vom 4. August aufhob, erschienen ihre die Ausschreitungen auf der Rechten nicht als Entfernen von der Stellung des 4. August, was sie in Wirklichkeit sind, sondern als deren Folgen, weshalb sie, die das zu Bekämpfende waren, ihr nur als Beweis erschienen, daß die bürgerliche Logik fortgesetzt muß das Böse gebären; jene Rechte aber, die sich dem Kriege hingeben hatte und in dessen Fahrwasser munter schwamm, konnte den Beschluß vom 4. August darum nicht wirkungsvoll verteidigen, weil sie ihn mit Folgerungen bedacht hatte, die in ihm niemals enthalten waren. Der Konflikt besteht hier also nicht darin, daß auf der einen Seite Recht, auf der anderen Unrecht wäre, und daß nur zu erkennen sei, welcher Standpunkt der richtige. Vielmehr hat, was sich als Linke und als Rechte manifestiert, beiderseits Unrecht, wobei dessen Maß uns nicht einmal das Entscheidende scheint.“

Aber es ist wohl eine ganz irrtümliche Vorstellung, daß die deutsche Sozialdemokratie aus rechts und links besteht; so nicht bei den Vertrauensmännern und schon gar nicht bei der Masse der Parteigenossen. Und das ist nicht bloß die Hoffnung, das ist die Wirklichkeit, daß der Gegenstand der zwei Meinungen zu einer Spaltung niemals führen kann und nicht führen wird. Die Masse der Parteigenossen wird weder bereit sein, in seinem wohlhabenden Beschluß vom 4. August, der die richtige Stellung der Partei zum Kriege bezeichnet, eine Verirrung zu sehen, noch willens, sich darüber hinaus zu chauvinistischen und imperialistischen Exzessen verlocken zu lassen; jenes Zentrum, das die gewissen Gedankenlosen manchmal den „Summ“ schellen möchten, das aber in Wahrheit die synthetische Kraft der Partei darstellt, ist und bleibt der Kern der Partei, der die Stützen von links und die Leidtragenden von rechts unüberwindlich einbezieht und zusammenhält. Voransteht es nur, daß diese bindende und verbindende Kraft schon in der Zeit wirksam wird, wo die Meinungsgegenstände in voller sozialer Schärfe zum Ausdruck gebracht werden, daß daneben, wovon man meint, daß es das wertvollste ist, nämlich die Gegensätze in voller Schärfe ansprechen — bei welcher Ausprägung sie freilich gemeinhin nur schärfer werden —, auch erkannt und festgestellt werde, wo der Mittelpunkt liegt, in dem sich beide Richtungen und alle Sozialdemokraten zu treffen haben. Am 4. August hatte ihn die Partei nicht verlassen. Dieser ist nun geschichtliche Vergangenheit geworden, wogegen die Kraft und Einheit der Partei für die Aufgaben der Zukunft gesammelt werden müssen.“

Aus der Partei.

Mit den Parteidifferenzen in Bremen

Wird sich am nächsten Dienstag eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Bezirks in Bremen abspielen. Der Vorstand hat mit 13 gegen 7 Stimmen eine der Generalversammlung zu unterbreitende Resolution angenommen, in der die Gründung der „Bremischen Korrespondenz“ verurteilt und die Haltung der „Bremischen Arbeiterzeitung“ gebilligt wird. Falls die „Bremische Korrespondenz“ ihr Erscheinen einstellt, wird beantragt, eventuell aus der Reihe der sozialdemokratischen Vereine eine wöchentliche Sonderbeilage der „Bremischen Arbeiterzeitung“ herauszugeben, in welcher Artikel und Beschlüsse, die im Sinne der Reichspolitik gehalten sind, unter Beifügung einer eventuellen Kritik aufgenommen werden sollen.

Beim Monatswechsel

wollen unsere Genossen und Freunde wieder um fleißig neue Abonnenten werben. Probe-Nummern auf Wunsch gratis.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Montag, 24. Jan., 7½ Uhr: „Die Zauberflöte“. (Saxofro: Herr Billy Bader vom Stadttheater in Bremen a. G.) Auf. Abonn. Genöhl. Fr.
Dienstag, 25. Jan., 7 Uhr: „Dorothea“. Hierauf (mit den neuen Dekorationen, Kostümen und Requisiten des Theaters des Festens in Berlin): „Andersens Märchen“. 13. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Gr. Fr.
Mittwoch, 26. Jan., 7½ Uhr: „Rosa Lisa“. Auf. Abonn. Genöhl. Fr.
Donnerstag, 27. Jan., 8 Uhr: „Barthol“. (Barnemann: Herr Billy Bader vom Stadttheater in Bremen a. G.) 13. Vorstell. im Donnerstag-Abonn. Große Fr.
Freitag, 28. Jan.: Geschlossen.

Frankfurter Schauspielhaus.

Montag, 24. Jan., 7½ Uhr: „Was werden die Leute sagen!“. 13. Vorstell. im Montag-Abonn. Kleine Fr.
Dienstag, 25. Jan., 7½ Uhr (zum erstenmal): „Engelbrecht“. Schauspiel in vier Akten von August Strindberg. 13. Vorstell. im Dienstag-Abonn. M. Fr.
Mittwoch, 26. Jan., 7½ Uhr: „Der Liebestrank“. 13. Vorstell. im Mittwoch-Abonn. M. Fr.
Donnerstag, 27. Jan., 7 Uhr (zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers): „Bekehrung Friedrich I. mit der Rart Brandenburg“. Hierauf: „Die Quippons“. Auf. Abonn. Befond. erm. Fr.
Freitag, 28. Jan., 7 Uhr: „Antonius und Cleopatra“. Auf. Abonn. Ermäß. Fr.

Neues Theater.

Montag, 24. Jan., 8 Uhr: (Einmaliges Gesamtgesellschaftsspiel des Kleinen Theaters in Berlin), zum 1. Male: „Ehert, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“; ein Lustspiel in 3 Aufzügen von Christian Dietrich Gräbe. Auf. Abonn. Erhöhte Fr.
Dienstag, 25. Jan., 8 Uhr: „Die große Pause“. Abonn. A. Genöhl. Fr.
Mittwoch, 26. Jan., 8 Uhr: „Komödie der Worte“. („Stunde des Erkennens“, „Große Szene“, „Das Nachspiel“) Abonn. A. Genöhl. Fr.
Donnerstag, 27. Jan., 8 Uhr: „Die große Pause“. Abonn. A. Genöhl. Fr.

Schumann-Theater

Drittletzte Tag! 8 Uhr: „Immer feste druff!“
Donnerstag, 27. Januar! „Wenn zwei Hochzeit machen!“

GROSS-FRANKFURT



Spezialitäten-Theater.

Anfang 8 Uhr 10. Vorher KONZERT. Einlass 7 Uhr.
Thaly von Lutzel
Schulreiterin
3 Pferde, 20 Hunde
Steiner's
Liliputaner
a. Schleuderbreit
Bäcker
hess. Bauernpaar
3 Vendora 3
Turn-Neuheiten
Anton Sattler
Astral-Sänger
Wimi Hermann
Vortr.-Künstlerin
Vorverkauf 11—1 Uhr an der Theaterkasse.
Militär wochentags halbe Eintrittspreise.
Leitung **Künstler-Brettel** Am Flügel
Jos. Vellé. Ende 12 Uhr. Eintritt 50 Pfz.
Anfang 8 Uhr. Neue Darbietungen. 3225
Wein — Bier — Kaffee — Kalte und warme Speisen.
Eintritt frei! **Kaffee-Haus.** Eintritt frei!
Ab 4 Uhr **Künstler-Konzert** Ab 4 Uhr
unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Wolff van Vries.

:: Dreher, Schlosser ::
Werkzeugmacher, Mechaniker

für dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen gesucht. Bei Bewerbungen bitten wir Alter und Militärverhältnis anzugeben. 3211

Motorenfabrik Oberursel A.-G. Oberursel a. Frankfurt-M.

Gewerkschafts- und Parteigenossen
verlangt überall und nur rein
überseeischen Tabaken hergestellt
von der
Zigarren-Gewerkschafts-Fabrik Gießen
— G. G. m. b. H. — Begr. 1907 —
Die Geschäftsleitung.

Für einen 16-jährig. Jungen
wird eine Lehrstelle als
Schlosser
gesucht. Gewünscht wird Roh-
und Feinblech beim Blechen.
Cherben unter 3200 an die
Exp. d. Volksstimme.

Holzbettstellen,
Isolierte und vollerte, einzelne (spott-
billig). Patentmatratzen. Voll-
matratzen. Seegrasmattungen. An-
fertigung nach Maß ohne Preis-
erhöhung. 01131

Bettenfabrik Zettelmann
78 Neue Mainzerstraße 78
nähe Opernplatz.

Horren- und Damen-Stoffe
Reife sportbillig.
J. Langenbach Nachfolger
Frankfurt a. M. Reineckstraße 21.
Vermietungen.
Wohnungen zu 4 Zimm., West-
stadt, Kaffee, Lager, Lager-
feuer (eigert billig zu vermieten. 2498
A. Wohlfart, Gießhölzchen 9.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher
und Weissbinder Deutschlands :: Filiale Frankfurt a. M.

Todes-Anzeige.
Am 23. Januar starb unser langjähriges Mitglied u. Kollege
Georg Bastian
Weissbinder aus Heldenbergen.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
3229 **Der Vorstand.**

Lebensmittel

Gemüse-Konserven

	2 Pfd.-Dose	1 Pfd.-Dose
Schnitt- od. Brechbohnen	0.47	—
Schnitt- od. Brechbohnen faserfrei	0.58	0.38
Stangen-Schnitt- od. Brechbohnen	0.68	0.40
Stangen-Perl-Bohnen	0.70	0.42
Stangen-Wachsbohnen	0.70	0.40
Junge Wachsbohnen	0.65	0.38
Junge Erbsen grün	4 Pfd. 1.10	0.65
Junge Erbsen mittelfein	4 Pfd. 1.50	0.80
Junge Erbsen fein	1.10	0.65
Junge Erbsen sehr fein	1.40	0.75
Schnitt-Spargel stark	1.70	0.90
Schnitt-Spargel mittel	1.50	0.80
Schnitt-Spargel mittel II	1.28	0.70
Schnitt-Spargel dünn	1.00	0.55
Schnitt-Spargel stark ohne Kopf	0.80	0.48
Abschnitt-Spargel	0.65	0.40
Stangen-Spargel dünn	1.30	0.70
Stangen-Spargel mittel II	1.60	0.85
Stangen-Spargel mittel I	1.80	0.95
Stangen-Spargel stark	2.00	1.05

Gemüse-Konserven

	2 Pfd.-Dose	1 Pfd.-Dose
Karotten gewürfelt	0.42	—
Kleine Karotten mittel	0.65	—
Karotten kleinste	0.75	0.45
Erbsen mit gesch. Karotten	0.68	0.40
Erbsen fein, mit kleinen Karotten	0.90	—
Gemischtes Gemüse	0.78	—
Berliner Mischung	—	—
Gemischtes Gemüse mittel	0.90	0.52
Gemischtes Gemüse sehr fein	1.20	0.68
Gemischtes Gemüse Ia fein	1.50	0.85
Sellerie prima	0.75	0.45
Sellerie II	0.65	0.40
Spinat gebrüht	4 Pfd.-Dose 1.10	0.60
Teltower Rübchen	0.90	0.50
Teltower Rübchen	0.65	0.40
Dicke Bohnen	0.90	0.50
Pfifferlinge	½ Pfd.-Dose 0.48	1.20
Steinpilze	2.20	—
Morcheln	1.80	0.95
Tomaten-Mus	½ Pfd.-Dose 0.40	0.78
Spargelköpfe grün, mittel	1.25	0.68

Ein Posten **Gemüse-Erbsen** 4 Pfund-Dose **95**

Obst-Konserven

	2 Pfd.-Dose	1 Pfd.-Dose
Aprikosen ganze Frucht	1.35	—
Aprikosen ½ Frucht	1.55	—
Pfirsiche ½ Frucht, geschält	1.90	—
Pfirsiche ½ Frucht, ungeschält	1.45	0.85
Heidelbeeren	1.00	0.58
Birnen weiss, ½ Frucht	1.20	0.68
Birnen weiss, ganze Frucht	0.95	0.55
Birnen rot	0.90	—
Pflaumen ganze Frucht	0.70	0.40
Reineclauden	1.00	0.65
Apfelmus	0.80	0.45

Obst-Konserven

	2 Pfd.-Dose	1 Pfd.-Dose
Erdbeeren naturall	1.40	0.78
Erdbeeren in Zucker	1.60	0.90
Gemischte Früchte extra	1.70	0.90
Gemischte Früchte Ia	1.40	0.80
Gemischte Früchte mittel	1.20	0.70
Kirschen schwarz mit Stein	1.00	0.58
Kirschen rot mit Stein	1.00	0.55
Sauer-Kirschen mit Stein	1.00	0.60
Kirschen rot ohne Stein	1.40	—
Pflaumen ½ Frucht	0.85	0.52
Reineclauden Ia	1.20	0.68

Frisch-Obst-Marmelade

zu Gruppe III gehörend, lose gewogen **45**
in Eimern von 25 Pfund, brutto für netto **42**

Frischer Spinat

Pfund **12**

Kolonialwaren etc.

Span. Erbsen mit Schale	Pfd. 0.55
Grünkern ganz od. gemahl.	Pfd. 0.68
Haferflocken	Pfd. 0.53
Gerstenflocken	Pfd. 0.63
Fleischbrüh-Ersatz	
Dose 100 Stück	1.45
Backpulver	10 Pakete 0.85
Puddingpulver	10 Pakete 0.88
Kondens. Milch vollf.	Dose 0.80
Chokolade, Puddingpulver	10 Pakete 0.95

Obst etc.

Calif. Pfirsiche getrockn.	Pfd. 0.85
Calif. Aprikosen getr.	Pfd. 1.35
Misch-Obst	Pfd. 0.85
Deutsche Zwetschen	Pfd. 0.85
Bosnische do.	Pfd. 0.60, 0.95
Californische Zwetschen	Pfd. 1.15, 1.25
Schwarzwurzel	Pfd. 0.18
Zwiebeln	10 Pfd. 1.25
Citronen	10 Stück 0.35

Verschiedenes.

Ochsenmaulsalat	1 Pfd.-Dose 0.90
	2 Pfd.-Dose 1.40
Rindsgulasch	1 Pfd.-Dose brutto 1.65
Corned-Beef	1 Pfd.-Dose brutto 1.45
Corned-Beef lose	½ Pfd. 0.38
Salz-Heringe	10 Stück 1.65
Salz-Makrelen	10 Stück 1.10
Sardinen in Tomaten	½ Dose 0.75
Sardinen in Oel	½ Dose 0.85
Muscat-Wein	½ Flasche 1.35

Kaufhaus Hansa.

Schmerz erfüllt bringen wir zur Kenntnis, dass der Direktor unserer Anstalt,

Herr Professor Jwan Knorr

uns am 22. d. M. durch den Tod entrissen wurde. Dem heimgegangenen Meister der Tonkunst, der unter der früheren Leitung schon eine lange Reihe von Jahren in vorbildlich verdienstvoller Weise als Lehrer gewirkt und unzählige Schüler zu bedeutenden Künstlern herangebildet hat, war seit 1908 die Leitung unserer Anstalt anvertraut. Wir verdanken seiner klugen Initiative und seiner Arbeitslust wichtige Neuerungen und Verbesserungen, die der Anstalt und den Schülern zum Segen gereichten. Die gewinnende liebenswürdige Art des bescheidenen Mannes hat ihn uns zum lieben Freund gemacht. Wehmutsvoll und dankerfüllt stehen wir an der Bahre des Vortrefflichen, der unvergessen bleibt.

Frankfurt a. M., 23. Januar 1916.

Das Curatorium von Dr. Hoch's Conservatorium.